

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Dr. Julia Verlinden, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/575 –**

Heizkosten sparen – Energiewende im Gebäudebereich und im Quartier voranbringen

A. Problem

Entwicklung einer konsistenten Strategie für die sozialverträgliche Sanierung des Gebäudebestands und der Quartiere mit dem Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050, klimaneutraler Wärmeversorgung und einer energetischen Sanierungsrate von 3 Prozent.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/575 abzulehnen.

Berlin, den 24. September 2014

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Nina Scheer
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Nina Scheer

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/575** wurde in der 17. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Februar 2014 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen. An den Innenausschuss wurde der Antrag auf Drucksache 18/575 am 22. Mai 2014 zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedarf es zur Erreichung der Klimaziele und der Einsparung von Heizkosten einer konsistenten Strategie. Diese müsse die sozialverträgliche Sanierung des Gebäudebestands und der Quartiere mit dem Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050, klimaneutraler Wärmeversorgung und einer energetischen Sanierungsrate von 3 Prozent beinhalten. Aktuell sei die Sanierungsrate bestehender Wohngebäude mit weniger als 1 Prozent viel zu niedrig. Auch reichten laut Expertenmeinungen die bisherigen Anstrengungen nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen, obwohl belegt sei, dass eine Steigerung der Energieeffizienz Wachstum und Beschäftigungsentwicklung erhöhen könnte. Die Klimaziele könnten nur erreicht werden, wenn der Gebäudebestand klimaneutral werde. Die Strategie sei auch unter Kostengesichtspunkten für private Haushalte dringend geboten.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung unter anderem zur Neuausrichtung bei der Förderung des Energiesparens und der Effizienz im Gebäudebereich sowie im Quartier auf. Dazu bedürfe es einer Überführung der KfW-Förderprogramme in den Bundeshaushalt verbunden mit einer verstetigten Mittelerhöhung auf 2 Mrd. Euro pro Jahr. Des Weiteren sei ein neuer Energiesparfonds mit jährlich 3 Mrd. Euro aufzulegen. Der Fonds solle durch verschiedene Programme, etwa die energetische Modernisierung öffentlicher Gebäude, die Einführung eines Klimazuschusses zum Wohngeld sowie die Förderung der Stromeffizienz besonders sparsamer strombetriebener Geräte in privaten Haushalten und der Industrie dazu beitragen, den Strom- und Wärmeverbrauch zu senken.

Außerdem sei im Sinne einer sozialpolitischen Flankierung und zur Sicherung der Bezahlbarkeit auch für einkommensschwache Haushalte das „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ in ein „Bündnis für klimafreundliches und bezahlbares Wohnen“ umzuwandeln. Es gelte ferner Informationsdefizite abzubauen, Transparenz über den energetischen Zustand von Gebäuden und Wohnungen herzustellen sowie durch Gewährleistung kosteneffizienter Neubauten und Sanierung die EU-Effizienz-Richtlinie umzusetzen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 18/575 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/575 in seiner 19. Sitzung am 2. Juli 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/575 in seiner 17. Sitzung am 4. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/575 in seiner 18. Sitzung am 24. September 2014 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte die besondere Bedeutung des Themas Energieeffizienz. Hinsichtlich des Ziels bestehe über die Fraktionsgrenzen hinweg durchaus Einigkeit, jedoch nicht mit Blick auf die Art und Weise der Realisierung. Man setze mehr auf marktwirtschaftliche Anreize als auf Zwang. Auch sei man der

Auffassung, dass nicht noch mehr Förderprogramme notwendig seien, sondern die vorhandenen gestrafft und einfacher gestaltet werden sollten.

Die **Fraktion der SPD** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU im Wesentlichen an. Darüber hinaus seien einige der im Antrag zu findenden Punkte bereits Bestandteil der noch in Beratung befindlichen Konzepte.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bezeichnete die Energieeffizienz als den „ungehobenen Schatz“ der Energiewende. Ein Drittel der Energie in Deutschland werde für das Heizen genutzt. Auch liege in der Energieeffizienztechnik ein hohes Potential zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Eine Energiesparfond mache Sinn, um auch einkommensschwachen Menschen die Chance zu geben, an der Energiewende mitzuwirken.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, dass nach ihrem Eindruck fraktionsübergreifend Einigkeit über die Bedeutung der Themen Energieeffizienz und -einsparung für die Energiewende bestehe. Nun müssten den Bekenntnissen endlich Taten folgen. Die konkret erarbeiteten Vorschläge seien dem Antrag zu entnehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/575 abzulehnen.

Berlin, den 24. September 2014

Dr. Nina Scheer
Berichterstatteerin